

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 194—195

Auch im April dehnte sich der *Notenumlauf* nur geringfügig aus. Die Zunahme betrug rund 44 Mill. S (von 5.833 Mill. S auf 5.877 Mill. S); sie war wieder ausschließlich auf die Hereinnahme von Besatzungskostenschatzscheinen (nach § 2, I b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz) im Betrage von rund 93 Mill. S durch die Nationalbank zurückzuführen. Zwar erhöhten sich gleichzeitig auch das Wechselkonto um rund 46 Mill. S¹⁾ (von 348 Mill. S auf 394 Mill. S) und das Devisenkonto um rund 17 Mill. S (von 111 Mill. S auf 128 Mill. S); diese Vermehrung der Aktiven wurde jedoch auf der Passivseite durch eine Erhöhung der Giroverbindlichkeiten der Nationalbank (um rund 116 Mill. S) weit überkompensiert, so daß daraus keine Notenumlaufserhöhung resultierte. Dabei nahmen die zeitweilig gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen („Hilfsfonds“) durch Einzahlungen von ERP-Erlösen um rund 132 Mill. S zu²⁾, während die freien Guthaben der Kreditinstitute um rund 3 Mill. S und jene der öffentlichen Stellen um rund 14 Mill. S abnahmen. Der Gesamtumlauf (Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank) erhöhte sich um rund 27 Mill. S, die gesamte Bilanzsumme um rund 159 Mill. S.

In den Veränderungen der Ziffern der Notenbankausweise innerhalb der Berichtsperiode zeichnet sich deutlich die schwierige Finanzlage des Staates ab. Es erhöhte sich nicht nur die Bundesnotenschuld in diesem Zeitraum — wenn auch lediglich um rund 2 Mill. S —, sondern es müssen auch bereits im April Abhebungen von den gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen stattgefunden haben, wie aus der Abnahme dieser Konten in der Zeit vom 15. bis zum

¹⁾ Auffallend ist die erhebliche Zunahme der rediskontierten Wirtschafts(Waren)wechsel (der Zuwachs auf dem Wechselkonto enthält nur für rund 8 Mill. S Wiederaufbauwechsel, die im Rahmen der 600-Mill.-S-Freigabe vom Dezember 1948 durch die Nationalbank finanziert werden müssen). Dies deutet darauf hin, daß sich die Liquiditätslage einiger Kreditinstitute angespannt hat.

²⁾ Die zeitweilig gesperrten Verbindlichkeiten der Nationalbank aus Guthaben von Kreditinstituten blieben unverändert.

23. April hervorgeht. Schon im März dürften gewisse Beträge abgehoben worden sein, obwohl dies infolge des beträchtlichen Zuflusses von Erlösen aus Hilfslieferungen im Notenbankausweis nicht ersichtlich ist. Es kann daher mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß von der neuerlichen offiziellen Freigabe von Hilfsfondsgeldern — am 17. Mai wurden 300 Mill. S durch die ERP-Behörden freigegeben — bereits ein erheblicher Teil verbraucht ist.

Da sich die Bilanzsumme der Nationalbank im ersten Jahresdrittel um rund 650 Mill. S (von rund 7.440 Mill. S auf rund 8.090 Mill. S) erhöhte und die Kreditinstitute schätzungsweise noch für 800 Mill. S Bundesschatzscheine³⁾ besitzen, die sie vermutlich in den kommenden Monaten bei der Nationalbank refinanzieren werden⁴⁾, läge es im Interesse der Währungssicherung, wenn wieder ein größerer Betrag aus dem Hilfsfonds für die Abbuchung eines Teiles der Bundesschuld an die Nationalbank freigegeben würde. Die neue Besatzungskostensteuer dürfte dem Staate kaum Mittel bringen, die bereits vor 1949 ausgegebenen Besatzungskosten-Schatzscheine wieder einzulösen.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* nahmen auch im März zu; die Scheckeinlagen stiegen um rund 47 Mill. S, die Spareinlagen um rund 65 Mill. S. Der Zuwachs auf den Sparkonten betrug damit im I. Quartal 1949 rund 190 Mill. S, was einem Monatsdurchschnitt von rund 63 Mill. S entspricht⁵⁾. Die erhöhte Spartätigkeit dürfte teilweise saisonbedingt sein.

Auf dem *Aktienmarkt* hielt die uneinheitliche Entwicklung an. Die im Zusammenhang mit der Budgetsanierung erwarteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die vorhandene Unsicherheit noch gesteigert. Das Publikum war allgemein sehr vorsichtig, die Umsätze blieben gering. Gegen Monats-

³⁾ Nach § 2, I b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz.

⁴⁾ Außerdem sind noch für rund 250 Mill. S Wiederaufbauwechsel sowie für rund 100 Mill. S Bundesschatzscheine nach § 27 Währungsschutzgesetz ausständig.

⁵⁾ Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die durchschnittliche monatliche Zunahme rund 55 Mill. S; für das gesamte Jahr 1948 liegt der monatliche Durchschnitt mit rund 26 Mill. S noch wesentlich tiefer.

mitte gab es für einzelne Industriezweige eine etwas freundlichere Stimmung. Kursgewinne erzielten vor allem die Papierindustrie, die Bauindustrie und die Brauindustrie. Auch *festverzinsliche Werte* zogen etwas an. Der Index von 23 Industrieaktien stieg geringfügig um 4,7% (von 278,2 auf 291,4; März 1938 = 100).

Im Zuge der Maßnahmen zur Budgetsanierung plant der Fiskus die Auflage einer *Inlandsanleihe*. Vorläufig ist weder über die Höhe der Anleihe noch über ihre Bedingungen (Verzinsung, Rückzahlung) etwas bekannt. Verlautbart wurde nur, daß — ähnlich wie in Frankreich — bisher praktisch wertlose Stücke einer deutschen Anleihe aus der Vorkriegszeit¹⁾ in bestimmtem Ausmaß und zusammen mit effektiven Schillingbeträgen zur Zeichnung der neuen Anleihe mitverwendet werden können. Über die Aussichten der Anleihe kann, solange weder die Höhe der Verzinsung noch die Rückzahlungsmodalitäten bekannt sind, kaum etwas gesagt werden. Grundsätzlich rückte mit der zunehmenden Konsolidierung der Wirtschaft der Zeitpunkt für die Auflegung der ersten Nachkriegsanleihe sicherlich nahe. Ob es aber zweckmäßig war, diesen Schritt in einem Augenblick zu tun, in dem die ohnehin noch sehr schwache inländische private Kapitalbildung durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen neuerdings schwer getroffen wurde, ist zumindest fraglich. Zwar wurde sofort nach Bekanntgabe der neuen Anleihe eine große Anzahl von Stücken der Reichsanleihe 1938, II. Ausgabe, bei den Banken deponiert. Die Hinterlegung erfolgte aber fast ausschließlich nicht in der Absicht der Anleihezeichnung, sondern nur in der Hoffnung, durch den Verkauf der bisher wertlos scheinenden Papiere wenigstens einen kleinen Betrag retten zu können.

Auffallend ist der Kurseinbruch bei den *Bundesschuldverschreibungen 1947* auf S 50— pro S 100— Nominale (Notierung vom 31. Mai 1949). Es ist schwer zu sagen, inwieweit es sich hierbei um eine unmittelbare Reaktion auf das dritte Preis-Lohn-Abkommen, das eine Verschlechterung der Kaufkraft des Schillings befürchten läßt, handelt, und inwieweit die Erwartung einer günstigeren Realverzinsung der neuen Anleihe für den Rückgang bestimmend war.

¹⁾ Es handelt sich um die österreichische innere Staatsschuld aus der Vorkriegszeit, die nach dem Anschluß in Stücke der 4½%igen Anleihe des Deutschen Reiches, II. Ausgabe, umgetauscht wurde. Die Stücke dieser deutschen Anleihe werden nunmehr zum Kurs von S 50— pro RM. 100— Nominale zusammen mit je S 150— Bargeld angenommen, wofür der Zeichner Stücke der neuen Innenanleihe je im Nennwert von S 200— erhält.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 196—198

Die *Arbeiternettotariflöhne* blieben in der Berichtsperiode unverändert. Dagegen wurden die zurückgebliebenen Gehälter der Handelsangestellten in einzelnen Branchen und Gehaltsgruppen nachträglich bis zu 5% erhöht.

Das neue (dritte) *Preis-Lohn-Abkommen* sieht ab 1. Juni 1949 eine generelle Lohnerhöhung vor. Anstelle der bisherigen Ernährungszulage von 34 S haben die Unternehmer in Zukunft einen Zuschlag von 30 Groschen pro Stunde (d. i. bei 48stündiger Arbeitszeit ein Betrag von S 62,50 pro Monat) zu zahlen. Zu dem so erhöhten Lohn kommt eine 4,5%ige Steigerung. Gleichzeitig wird die staatliche Ernährungsbeihilfe für Kinder von 23 S auf 37 S pro Kind und Monat erhöht. Nach vorläufigen Berechnungen wird sich der Index der Nettotariflöhne um 10,2% erhöhen (von 376,5 auf rund 414,9; April 1945 = 100).

Die *Arbeiternettoverdienste*, die nach einem saisonbedingten Rückgang im Winter bereits im Feber etwas gestiegen sind, haben sich im März weiter erhöht. Der Index stieg — hauptsächlich infolge vermehrter Arbeitszeit — um 3,8%; von 325,7 auf 338,0 (August 1938 = 100).

Die *Preisentwicklung* war in der Berichtsperiode uneinheitlich. Während auf einigen Märkten die seit Weihnachten zu beobachtende Preissenkungstendenz weiter anhielt, kam es auf anderen zu leichten Preissteigerungen. Sie dürften hauptsächlich auf die Unruhe und Unsicherheit der Bevölkerung zurückzuführen sein, die durch das neue Preis-Lohn-Abkommen ausgelöst wurde. Im allgemeinen waren jedoch die Reaktionen bisher sehr gering, wenn von vereinzelt Angstkäufen und einer verstärkten Neigung zur Zurückhaltung von Waren abgesehen wird.

Die besonders empfindlichen *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum erhöhten sich von Mitte April bis Mitte Mai um 1,8% (von 5,5 auf 5,6; März 1938 = 1). Seither ist eine weitere Aufwärtsbewegung, insbesondere der Preise für Gold, Silber und Diamanten, zu beobachten. Die Schwarzmarktpreise für *Nahrungsmittel* sanken dagegen in der Berichtsperiode um weitere 15,7%, wobei insbesondere der Preissturz bei Mehl bemerkenswert ist. Die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise betragen gegenwärtig durchschnittlich nur noch das 2,2fache der legalen Preise. Die *Zigarettenpreise* auf dem Schwarzen Markt haben sich seit den Preisreduktionen der Tabakregie im April nur wenig geändert. Dagegen sanken die

„schwarzen“ *Devisenkurse* nach einem leichten Anstieg im März bis Ende April neuerlich um 15,4% und erreichten mit 440 (März 1938 = 100) einen neuen Tiefstand. Erst in der ersten Maihälfte begannen sie wieder etwas zu steigen, während der Züricher Notenkurs des Schillings etwas zurückging.

Die *Lebenshaltungskosten* in Wien nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema sanken im Mai geringfügig (von 427,8 auf 427,3; April 1945 = 100), da Gemüse infolge saisonmäßiger Einflüsse und einzelne Genußmittel auf Grund von Angebotserhöhungen billiger wurden. Außerdem gelangte im Rahmen der Zuteilungen eine andere (billigere) Reissorte zum Verkauf. Dagegen ist der Preis für Äpfel saisonmäßig etwas gestiegen. Der Abstand zwischen Tariflohnindex und Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema betrug im Mai 13,5% (im Jänner 15,6%).

Die im Zuge des dritten Preis-Lohn-Abkommens verfügten Preis- und Tarifierhöhungen werden die Kosten der Lebenshaltung ziemlich verteuern. Selbst wenn man annimmt, daß die gewerblichen Preise unverändert bleiben und daß nur die Lebensmittelpreise, der Kohlen- sowie der Kokspreise und die Tarife der öffentlichen Körperschaften erhöht werden, dürfte der Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema um rund 13,7% steigen (auf 485,7; April 1945 = 100). Der Abstand zwischen Lebenshaltungskosten- und Lohnindex, der im Mai 13,5% betragen hat, würde dadurch auf 17,1% steigen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 199

Die *Inlandsaufbringung* blieb in der 53. Zuteilungsperiode (25. April bis 22. Mai 1949) mit 37% des gesamten rationierten Kalorienbedarfes gegenüber der Vorperiode unverändert. Ein leichter Rückgang der Aufbringung von Fleisch, Fett und Nahrungsmitteln wurde durch erhöhte Kartoffelanlieferungen kompensiert.

Infolge Aufhebung der Subventionen für Kontingentlieferungen bei gleichzeitigem Weiterbestehen der Überkontingentpreise sind die *Getreide*ablieferungen auf das Kontingent im April erwartungsgemäß stark zurückgegangen. Auf das Kontingent wurden nur rund 300 t Brotgetreide und je rund 100 t Gerste, Hafer und Mais aufgebracht, gegenüber rund 1.200 t Brotgetreide und 800 t Gerste auf das Überkontingent. Die Nichterfüllung der Kontingente führte in einigen Bundesländern, die ihren Brot- und Mehlbedarf größtenteils aus der Eigenaufbringung decken müssen, zu Versorgungs-

schwierigkeiten, die durch einen Umtausch von Mais und Kleie gegen Brotgetreide teilweise überbrückt werden sollen. Außerdem dürften die weiterhin noch erwarteten Überkontingentlieferungen die Versorgung etwas entlasten.

Die *Milch*aufbringung war im März die weitaus höchste seit Kriegsende. Mit einer Marktleistung von 1,82 kg je Kuh und Tag wurden die Ergebnisse des gleichen Monats im Vorjahre um 60% übertroffen und 56% der durchschnittlichen Marktleistung des Jahres 1937 erreicht. Die Milchlieferung nach Wien war sogar annähernd doppelt so hoch wie im März des Vorjahres. Der stetige Anstieg der Milchlieferung — nach bisherigen unvollständigen Meldungen ist sie allerdings im April infolge des erhöhten Verbrauchs im Erzeugerhaushalt zu den Osterfeiertagen vorübergehend zurückgegangen — ermöglicht es, die städtische Bevölkerung besser als bisher mit Milch zu versorgen. Von der 53. Versorgungsperiode an (23. Mai 1949) erhalten auch Jugendliche bis zu 18 Jahren, die verhältnismäßig am schlechtesten versorgt werden, $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch täglich.

Entsprechend der günstigen Milchaufbringung war auch die *Butter*erzeugung der Molkereien im März um 179 t höher als im Vormonat. Damit wurde in den ersten drei Monaten d. J. die Buttererzeugung des 1. Quartals 1948 (rund 2.550 t) bereits um 60% übertroffen. Wenn die steigende Tendenz trotz des in Aussicht genommenen erhöhten Trinkmilchverbrauches weiter anhält, kann im Laufe des Jahres mit einer bedeutenden Besserung der Butterversorgung gerechnet werden. Da auch die Produktion von Kunstspeisefett, Margarine und Öl dank der zufriedenstellenden Rohstoffversorgung der Fettindustrie für die nächste Zeit gesichert ist, sollte es möglich sein, den einzelnen Haushalten regelmäßig verschiedene Fettsorten im Rahmen der vorgesehenen Rationen zuzuteilen. Dadurch könnte die Fettration wirtschaftlicher verwendet und die finanzielle Last gleichmäßiger verteilt werden. (Zwischen den einzelnen Fettsorten bestehen beträchtliche Preisunterschiede: Butter kostet zur Zeit in Wien S 22,—, Schmalz S 14,—, Margarine S 6,88, Kunstspeisefett und Speiseöl S 8,—). Versuchsweise wäre an freie Bezugswahl innerhalb der kalorienmäßig festgelegten Fettration zu denken.

Größere Schwierigkeiten bereitet derzeit noch die *Fleisch*versorgung. Die dauernd wachsenden Schulden der Bundesländer an Wien haben Anfang Mai bereits rund 1.300 t Fleisch erreicht. Das entspricht einem Fleischaufruf von annähernd 3 Wochen.

Die bei allen übrigen rationierten Nahrungsmitteln eingetretene Besserung der Versorgungslage gestattete einige *organisatorische Erleichterungen* in der Ernährungswirtschaft. Ab 9. Mai werden auch in Wien, ebenso wie bisher in den meisten Bundesländern, die Rationen jeweils für zwei Wochen aufgerufen. Der Zweiwochenaufwurf bringt sowohl für die Hausfrau (bessere Einteilung der Lebensmittel) als auch für den Lebensmittelhändler (vereinfachte Markenverrechnung, geringere Manipulation, geringere Transportkosten) Vorteile. Fleisch und Fett können allerdings auch weiterhin nur wochenweise bezogen werden. Von der 55. Zuteilungsperiode (20. Juni 1949) ab will man außerdem eine bundeseinheitliche Lebensmittelkarte einführen, die der Bevölkerung die lästige Ab- und Anmeldung bei Reisen ersparen würde.

Die Versorgung mit *freien Nahrungsmitteln* hat sich gegenüber der Vorperiode nicht verändert. Die Preise für Überkontingenteiler blieben konstant (S 1.05 bis S 1.10), da die in Aussicht gestellten Eierimporte (20 Mill. Stück) nur zögernd eintreffen. Einer Preissenkung steht außerdem entgegen, daß ein großer Teil dieser Eier für den Winter eingekühlt wird und daß die Konkurrenz nicht voll wirksam ist, da sie nur auf eine geringe Zahl von Einzelhandelsgeschäften verteilt werden.

Die *Obst- und Gemüseanlieferungen* nach Wien sind im April vorwiegend saisonbedingt zurückgegangen (um 45% bzw. 20%), übertrafen jedoch die Vorjahresziffern bei Gemüse um etwa 30%, bei Obst sogar um das Fünffache. Die Preise liegen trotz des größeren Angebotes wenig unter den vorjährigen Höchstpreisen.

Entwicklung der Preise einzelner Gemüsesorten in Wien¹⁾

	3. bis 9. Mai 1948 ²⁾	2. bis 8. Mai 1949 ³⁾
	Verbraucherpreise in S je kg	
Blätterspinat . . .	2.50 — 2.70	1.20 — 2.—
Stengelspinat . . .	2.— — 2.40	— .60 — 1.20
Glassalat A, Stück	1.20	— .70 — 1.20
Grundsalat „	— .80 — 1.—	— .60 — 1.—
Kochsalat „	— .64	— .70 — — .80
Ital. Karfiol . . .	3.37 ³⁾	2.— — 2.20 ³⁾

¹⁾ Nach den Wochenausweisen des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Für April sind keine vergleichbaren Preise vorhanden. — ³⁾ Letzte Aprilwoche.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 199

Dank den rechtzeitig einsetzenden Regenfällen entwickelten sich die *Saaten* ungewöhnlich günstig; der Stand der Feldfrüchte und das Wachstum der Futterpflanzen ist überdurchschnittlich gut.

Die Hektarerträge bei Brot- und Futtergetreide sowie bei Wiesen und Weiden werden, wenn das

Wetter günstig bleibt, voraussichtlich bereits heuer die Durchschnittswerte der Vorkriegszeit erreichen. Die Gefahr zu geringer Bodenfeuchtigkeit¹⁾ besteht jedenfalls bis zur Ernte nicht mehr. Die reichlichen Niederschläge im letzten Monat haben vor allem die Aufschließung der Nährstoffe der Bodensubstanz und des Düngers gefördert. Ertragseinbußen könnten — nach dem derzeitigen Stande der Vegetation — nur noch aus übermäßigen Niederschlägen erwachsen.

Auf Grund der Zählungsergebnisse vom 3. März 1949 hat sich der *Schweinebestand* seit Dezember 1948 um 21% von 1.62 Mill. auf 1.27 Mill. Stück *vermindert*. Diese Abnahme war überwiegend saisonbedingt (vermehrte Schlachtungen im Winter). Die Saisonschwankungen bei den einzelnen Altersstufen zeigen keine wesentlichen Verschiebungen gegenüber den vorangegangenen Jahren.

Saisonschwankungen des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	1946/47	1947/48	1948/49
	Märzzählung gegenüber vorangegangener Bestandszunahme (+) bzw. -abnahme (-) in %		
Ferkel	— 5	— 26	— 9
Jungschweine	+ 1	+ 10	+ 10
Zuchtsäue	+ 12	— 4	+ 2
davon trächtig	+ 27	+ 22	+ 27
Schlacht- und Mastschweine	— 50	— 69	— 65
Schweine insgesamt	— 14	— 24	— 21

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ Zählung 1947 am 18. November.

Da auch die absoluten Bestandsveränderungen gegenüber den gleichen Zählungsterminen der Vorjahre nur gering sind, ist — obwohl eine Mastaktion gestartet wurde — ein ansteigender Trend in der Schweinehaltung noch nicht eindeutig feststellbar. Offenbar jedoch stimmen die *amtlichen Angaben* mit der Wirklichkeit nicht überein: Obwohl der Schweinebestand im Jahre 1949 um 2% niedriger als im Jahre 1948 und gleich hoch wie im Jahre 1947 war, war angeblich die Zahl der trächtigen Zuchtsauen um 24% und die der Ferkel um 21% größer als vor zwei Jahren. Dies würde für eine Vermehrung der Schweinehaltung in den kommenden Monaten sprechen. Da jedoch die gleiche Tendenz (steigende Zahl der tragenden Sauen²⁾ und steigende

¹⁾ Allein die Niederschläge zwischen dem 9. und 13. Mai waren in den östlichen Gebieten Österreichs so reichlich, daß damit die langjährigen Monatsdurchschnittswerte erreicht wurden. Die Böden konnten die „landregenartigen“ Niederschlagsmengen weitgehend speichern, wodurch das Defizit im Wasserhaushalt ausgeglichen werden dürfte.

²⁾ Die Zahl der trächtigen Sauen stieg von März 1946 bis zum März 1949 von 89.028 auf 97.491 (1947), 113.858 (1948) und 121.281 (1949).

Ferkelproduktion) auch schon von 1947 auf 1948 festgestellt wurde, der Gesamtbestand an Schweinen aber wider Erwarten nicht stieg, sondern sogar zurückging, sind die statistischen Angaben offenkundig falsch.

Entwicklung des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	15. III. 1948	3. III. 1949	in 1949	
	3. III. 1947 = 100		in % von 1934 ²⁾	von 1948
Ferkel	123	121	38	99
Jungschweine	112	101	41	90
Zuchtsäue	99	99	66	100
davon trächtig	117	124		106
Schlacht- und Mast- schweine	69	85	48	123
Schweine insgesamt	102	100	45	98

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ Märzählung; Ferkel- und Jungschweinebestand (bis 12 Wochen bzw. 3 bis 6 Monate) wurde zum Zwecke des Vergleichs umgerechnet (auf 8 Wochen bzw. 2 bis 6 Monate).

Ähnliche Unstimmigkeiten ergeben sich auch bei einem Vergleich der Märzählung 1949 mit der Märzählung 1934. (Mangels einer weniger weit zurückliegenden vergleichbaren Vorkriegszählung muß auf das Jahr 1934 zurückgegriffen werden.) Während zur Zeit der Gesamtbestand nur 45% von 1934 beträgt, erreicht der Ferkelbestand nur 38%, der Zuchtsauenbestand dagegen 66%¹⁾. Daß sich die Zahl der Ferkel pro Zuchtsau gegenüber der Vorkriegszeit so stark verringert hätte, ist wenig wahrscheinlich, zumal die Nachfrage nach Ferkeln und die Ferkelpreise seit Kriegsende außerordentlich hoch sind. Vielmehr ist anzunehmen, daß ein Teil der Produzenten mit Rücksicht auf die Kontingentierung und die vorteilhafteren Absatzmöglichkeiten auf den Schwarzen Märkten den Ferkelbestand zu niedrig und den Zuchtsauenbestand auf Kosten der Mastschweine zu hoch angegeben hat. Wäre die Zahl der angegebenen Ferkel richtig, dann wären — auf Grund der Vorkriegsrelation Zuchtschweine — Ferkel — 135.000 (statt 235.000) Zuchtsauen ausreichend; ist jedoch die Zahl der Zuchtsauen richtig, dann müßten gleichzeitig etwa 447.000 (statt 256.000) Ferkel vorhanden gewesen sein.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 200—201

Die Stromversorgung der österreichischen Wirtschaft hat sich weiter gebessert. Anfang April konnte die Schaltstufe IV wieder eingeführt werden, nach der auch stromintensive Anlagen, wie vor allem die

¹⁾ Laut Märzählung 1934 waren je Zuchtsau 1,9 Ferkel im Alter bis zu 8 Wochen (2,8 Ferkel bis 12 Wochen), 1949 dagegen nur 1,1 Ferkel vorhanden; vergleiche auch: „Unrichtige Agrarstatistik erschwert Lenkung der Ernährungswirtschaft“ in Heft 10 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jg. (1948), S. 385.

Aluminiumhütte Ranshofen, mit elektrischer Energie beliefert werden. Außerdem wurden die Stromkontingente für eine Reihe von Industriebetrieben beträchtlich erhöht.

Die Wasserführung der Flüsse hat im April stark zugenommen, so daß um 56% mehr Wasserkraftstrom erzeugt wurde als im März. Da der Verbrauch trotz Aufhebung der Einschränkungen von 289 auf 281 Mill. kWh zurückgegangen ist, konnte der Stromexport bedeutend erhöht werden, obwohl die Erzeugung der kalorischen Werke um mehr als die Hälfte eingeschränkt wurde. Insgesamt wurden im April 343 Mill. kWh — d. s. um 18% mehr als im März — erzeugt und 55 Mill. kWh exportiert (18 Mill. kWh im März).

Stromerzeugung und Verbrauch¹⁾

Zeit	Wasserkraftwerke	Dampfkraftwerke	Insgesamt	
			Millionen kWh	
				Verbrauch
Ø 1946	224'56	29'57	254'13	186'40
Ø 1947	226'91	42'61	269'52	216'51
Ø 1948	305'02	45'03	351'04	277'73
1948 III	281'95	32'23	314'17	273'11
IV	307'01	22'15	329'16	267'47
1949 III	193'40	96'83	290'23	289'46
IV	303'59	39'16	342'74	281'28

¹⁾ Nur öffentliche Versorgung, ohne Eigenanlagen der Industrie und Bahnkraftwerke.

Mit Frühjahrsbeginn wurde das Elektrizitäts-Bauprogramm wieder aufgenommen. Es ist weitaus bescheidener, als ursprünglich im Elektrizitätswirtschaftsplan vorgesehen war, und beschränkt sich hauptsächlich auf die Weiterführung begonnener Kraftwerks- und Leitungsbauten. Wenn die notwendigen Geldmittel, die in erster Linie aus dem ERP-Fonds fließen sollen, in der vorgesehenen Höhe bereitgestellt werden können, will man vor allem Kaprun und die Ennskraftwerke weiter ausbauen und die Leitung Kaprun-Ernsthofen fertigstellen. Geringere Beträge sind außerdem für das Reißbeck-Projekt und für die Umleitung der Turrach in den Achensee zur Steigerung der Leistung des Achenseekraftwerkes vorgesehen. Eine Reihe von Maßnahmen ist zur Überbrückung der auch in den nächsten Jahren noch zu bewältigenden Stromversorgungsschwierigkeiten geplant, u. a. Instandsetzungsarbeiten an beschädigten Kesselanlagen im Kraftwerk der Hütte Linz und Vergrößerungen der Kohlenlagerplätze der kalorischen Kraftwerke zur Bildung ausreichender Kohlenvorräte für den Winter. In St. Stefan (Kärnten) will man mit dem Bau eines kalorischen Großkraftwerkes beginnen. Die Kohlenversorgung ist weiterhin zufriedenstellend. Schwierigkeiten bestehen gegenwärtig nur

darin, das Angebot der in der warmen Jahreszeit zurückgegangenen Nachfrage anzupassen. Da in den Sommermonaten durchschnittlich 10 bis 15% weniger Kohle gebraucht werden als im Winter, die Einfuhren und die inländische Produktion jedoch nicht dem schwankenden Bedarf angepaßt werden können, versucht man die Vorratsbildung bei Haushalten, Händlern und Gruben zu fördern. Damit sollen Absatzschwierigkeiten in den Sommermonaten, die in erster Linie den inländischen Braunkohlenbergbau treffen würden, vermieden und ausreichende Vorräte für den Winter sichergestellt werden. Ein etwaiger Kaufzwang würde wie in der Zwischenkriegszeit nur einen geringen Erfolg zeitigen. Die inländische Braunkohle ist stark überteuert. Die Absatznot ist ein Preisproblem. Die unter Einsatz knapper Produktionskräfte zutage geförderte Kohle findet zum dekretierten Preis nur schwer Abnehmer, weil sie im Verhältnis zum Preis ausländischer Steinkohle zu schlecht ist. Es ist grotesk, daß eine bewirtschaftete Ware, deren Produktionskosten überhöht sind, mit Hilfe der Autorität der Bewirtschaftungsstelle dem Kohlenverbraucher aufgezwungen werden muß. Da sie aber zumindest für einen Teil der Verbraucher unverwendbar ist, weil sie sich für deren Heizungsanlagen nicht eignet, wird sie der Zwangskäufer verrotten lassen. Dieser nutzlosen Gütervernichtung stehen die kostspieligen Werte gegenüber, die auf der Stufe der Kohlenförderung aufgewendet werden.

Aus dieser Sachlage mögen keine falschen Schlüsse gezogen werden: Österreich braucht dringend die bisherigen Kohlenimporte in voller Höhe; dagegen ist der in der Bewirtschaftungsmentalität der Nachkriegszeit wurzelnde Standpunkt, daß eine Inlandsförderung minderwertiger, teurer und daher unanbringlicher Kohle unbedingt forciert werden müsse, auf die Dauer aus gesamtwirtschaftlichen Rücksichten unhaltbar.

Die *Kohleneinfuhren* hielten sich auch im April auf der bisherigen Höhe, während im Braunkohlenbergbau hauptsächlich infolge der geringeren Zahl an Arbeitstagen etwas weniger gefördert wurde. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im April 601.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, d. s. 146% von 1937 bzw. 88% von 1929.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 202—206

Im Monat März hat die gewerbliche Wirtschaft den leichten Produktionsrückschlag der Wintermonate endgültig überwunden. Der *Gesamtindex* der

industriellen Produktion stieg von 95,76 (1937 = 100) im Februar auf 110,35 im März, d. i. um 15%, und erreichte damit den höchsten Stand seit Kriegsende. Die Konsumgüterproduktion übertraf mit 81,73 um 13% ihre bisherige Höchstleistung (im Oktober 1948), während die Produktionsmittelerzeugung mit 145,56 nahe an den Höchststand vom August 1948 (148,83) herankam. Die erhöhte Produktion ist in erster Linie einer besseren Kapazitätsausnutzung zu verdanken und konnte mit einem nur wenig höheren Beschäftigtenstand (Zunahme 0,7%) bewältigt werden. Dementsprechend erhöht sich die *Produktivität* (Quotient aus Produktions- und Beschäftigtenindex) sprunghaft von 67 im Februar (und 66 im Jänner) auf 76 im März. Sie war damit ebenfalls die höchste seit Kriegsende.

Der hohe Produktionsstand vom März dürfte allerdings im April nicht ganz gehalten worden sein, da dieser Monat um 2 Arbeitstage kürzer war. Der Produktionsrückgang dürfte indessen nur unbedeutend sein, da die für einige Zweige (Schwerindustrie, Papierindustrie) bereits bekannten Produktionsrückschläge weitgehend durch Produktionssteigerungen in der Baustoffindustrie, der Aluminiumerzeugung, die erst im April aufgenommen wurde, und anderen stromintensiven Zweigen wettgemacht werden dürften.

Die Auswirkungen des neuen Preis-Lohn-Abkommens auf die industrielle Produktion lassen sich nur schwer abschätzen. Die bedeutende Belastung, die es der Industrie und darüber hinaus der gesamten gewerblichen Wirtschaft zumutet, wird sicherlich nicht von allen Betrieben getragen werden können. Insbesondere arbeitsintensive und energieintensive Zweige sowie solche, deren Produkte mit hohen Frachtkosten belastet sind, werden entweder in höhere Preise ausweichen oder aber ihre Produktion einschränken und Arbeitskräfte freisetzen müssen — es sei denn, daß sie ihre Produktivität rasch erheblich zu steigern vermögen. Ansätze zu einer Produktivitätssteigerung lassen sich zwar in einigen Zweigen feststellen, so vor allem im Braunkohlenbergbau, dem es trotz geringerer Arbeiterzahl gelungen ist, seine Produktion beträchtlich zu erhöhen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Produktivität binnen kurzem soweit gesteigert werden kann, daß die erhöhten Kostenpreise durch verminderten Kostenaufwand wettgemacht werden. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß das Abkommen mit seiner weiteren Einkommensnivellierung und dem verschärften Steuerdruck den Anreiz zu Mehrarbeit und privater Kapitalbildung, also gerade jene Art

beitskräfte lähmt, von denen eine Produktivitätssteigerung entscheidend abhängt.

Der Index der *Bergbauproduktion* (einschließlich Kohle) erreichte im März mit 111,6% von 1937 den Höchststand seit Kriegsende, ebenso die *Magnesiumindustrie*, die 142,6 von 1937 produzierte und ihre bisherige Höchstleistung um 10% überbot.

Die *eisenschaffende* Industrie konnte im April den Rekordstand vom März nicht halten. Die Erzeugung war aber noch immer höher als in den übrigen vorangegangenen Monaten. Am 2. April wurde die Aluminiumerzeugung in *Ranshofen* wieder aufgenommen und auch die *Hütte Lend* konnte die Betriebseinschränkung der Wintermonate aufheben. Ranshofen erhielt im April allerdings erst ungefähr zwei Drittel der vorgesehenen Strommenge.

In der *Fahrzeugindustrie* stieg im März vor allem die Produktion von Traktoren, Lastwagen und Motorrädern sehr stark. Der Index der Fahrzeugproduktion erhöhte sich auf 171% von 1937.

In der *Maschinenindustrie* hat sich der Absatz nach der Frühjahrsmesse stärker belebt. Die Firmen sind bestrebt, die Produktion von Qualitätserzeugnissen auf Kosten minderwertiger Produkte zu steigern. Die hierzu erforderliche Modernisierung ihres Produktionsapparates stößt allerdings infolge der Devisenknappheit auf Schwierigkeiten. Selbst Ersatzteile für die in der Regel aus Deutschland stammenden Spezialmaschinen können nur schwer beschafft werden, so daß wertvolle Maschinen oft nicht einsatzfähig sind.

Die *Baustoffindustrie* produzierte im März 94% von 1937. Die Ziegelerzeugung war allerdings noch sehr gering und dürfte erst im April und Mai stärker steigen. Bemerkenswert sind die Zunahmen auf 80.000 t Zement (224% von 1937), 16.000 t Kalk, 900.000 m² Dachpappe und 15.000 m³ Heraklit.

Die *Papierindustrie* hat im April den hohen Stand der Produktion vom März nicht gehalten. Der Rückgang ist allerdings, wenn die geringere Zahl der Arbeitstage berücksichtigt wird, nur unbedeutend. Die Versorgung mit Rohmaterialien und Hilfsstoffen ist auf längere Zeit gesichert.

In den *Konsumgüterindustrien* hält allgemein die günstige Produktionsentwicklung an. Die Erzeugung von *Lederschuh*en ist im März auf 313.000 Paar gestiegen (Februar 259.000). Im April soll die gleiche Leistung erreicht worden sein. Die Versorgung mit Leder hat sich trotz der beträchtlich gesunkenen Ablieferung von Rohhäuten bedeutend gebessert, da Importe aus dem ERP zur Verfügung stehen.

Auch in der *Textilindustrie* nimmt die Produktion zu, obwohl die Lohnarbeiten für ausländische Rechnung stark zurückgingen. Die verarbeiteten Rohstoffe stammen fast ausschließlich aus dem ERP, das den Bedarf an den wichtigsten Rohstoffen annähernd decken dürfte. Nur bei Hilfsstoffen bestehen noch Lücken; sie müssen durch kommerzielle Importe geschlossen werden. Nachdem der erste englische Wollkredit bereits zurückgezahlt werden konnte, wurde ein zweiter im Betrage von einer Million Pfund in Anspruch genommen.

Die Lenzinger Zellwollefabrik

Die 1907 gegründete und dem Schweizer Bunzl-Konzern angehörende *Papier- und Zellstofffabrik* in *Lenzing* (amerikanische Zone Oberösterreich) wurde im Jahre 1938 durch die Thüringische Zellwolle A. G. übernommen. Diese deutsche Firma baute zusammen mit zwölf österreichischen Unternehmungen der Textilindustrie die durch einen Brand teilweise zerstörte Papierfabrik wieder auf und errichtete in engem räumlichen und technischen Anschluß daran eine Zellwollefabrik. Die Fusionierung der beiden Betriebe zu einem gemeinsamen Unternehmen, der Lenzinger Zellwolle- und Papierfabrik A. G., erfolgte 1940 mit einem Aktienkapital von 25 Mill. RM, dessen Hauptanteil in reichsdeutschem Besitz war. Das Unternehmen wurde daher nach Kriegsende als deutsches Eigentum erklärt und in die Verwaltung der österreichischen Bundesregierung übergeben. Gleichzeitig stellte der Schweizer Bunzl-Konzern Rückstellungsansprüche auf die Papier- und Zellstofffabrik, die aus dem gemeinsamen Unternehmen herausgelöst werden soll. Diesen Forderungen wurde durch die österreichische Bundesregierung bisher nicht stattgegeben. Mit 1. Jänner 1949 übernahm jedoch der Bunzl-Konzern vorläufig die Verwaltung der Papier- und Zellstofffabrik. Die Bereinigung der Bilanz und die Trennung der Vermögensteile können erst nach Genehmigung der Restitution erfolgen. Die holländische Regierung fordert für Lieferungen während des Krieges Rückstellung bzw. Geldablöse eines Teiles der maschinellen Einrichtung des Zellwollewerkes.

Den ursprünglichen Plänen zufolge sollte die Tageskapazität für die *Zellwollefabrik* auf 120 t ausgebaut werden, ohne Rücksicht auf die Rentabilität. Bis zum Jahre 1943 waren die Anlagen für eine Tageskapazität von 60 t fertiggestellt; die Normalkapazität beträgt zur Zeit rund 45 Tagedonnen.

Die Erzeugung wurde schon vor Kriegsende eingestellt und konnte erst Mitte 1946 wieder aufgenommen werden. Die durchschnittliche Tagespro-

duktion ist von 8 t im Jahre 1946 auf rund 40 t im Jahre 1949 gestiegen.

Jahr	Erzeugung	Ausfuhr
	in Tonnen.	
1947	3.148	721
1948	9.746	2.990
1949 Jänner	1.213	313
Februar	1.161	424
März	1.208	779
April	1.203	569

Zur Erzeugung von 1.200 t Zellwolle pro Monat werden 9.000 *rm* Buchen- oder Fichtenholz, 1.500 t Schwefelsäure, 1.200 t Ätznatron und 400 t Schwefelkohlenstoff als Rohmaterial, ferner rund 18.000 t Braunkohle (mit durchschnittlich 3.000 Kalorien) als Brennstoff benötigt. Die größten Schwierigkeiten in der Versorgung mit Rohstoffen und Kohle sind jetzt überwunden.

Da im Inland das notwendige Buchenholz nicht in genügenden Mengen aufgebracht werden konnte, wurden Lieferverträge mit Jugoslawien abgeschlossen, das seit dem vergangenen Jahr rund 50.000 *rm* geliefert hat. Nach Herauslösung der Zellstoff- und Papierfabrik aus dem gemeinsamen Unternehmen beabsichtigt der Bunzl-Konzern aus Rentabilitätsgründen die technisch einfache Umstellung von Buchen- auf Fichtenzellulose vorzunehmen, da die Gestehungskosten für Fichtenzellulose niedriger liegen, die Zellstoffpreise jedoch einheitlich geregelt sind. Voraussetzung dafür ist, daß die Lenzinger Zellstofffabrik eine befriedigende Vereinbarung mit den übrigen österreichischen Zellstofffabriken über die Zuteilungen an Fichtenholz treffen kann. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Nachdem die Schwefelkohlenstofffabrik in Kapfenberg (*Alpen-Chemie*) und die Ätznatronerzeugung in Ebensee (*Solvaywerke*) in Betrieb genommen wurden, kann die Versorgung mit diesen Rohstoffen größtenteils aus Österreich gedeckt werden. Schwefelsäure kommt noch immer allein aus dem Ausland, da die Anlagen in Liesing der österreichischen Wirtschaft nicht voll zur Verfügung stehen. Voraussichtlich wird nach 1950, mit Fertigstellung der Schwefelsäurefabrik bei der *Bleiberger Bergwerks-Union* in Kärnten, der gesamte Bedarf von Lenzing in Österreich aufgebracht werden können.

Die Heizungsanlagen der Zellwollefabrik wurden (ähnlich wie die des kalorischen Kraftwerkes in Timelkam) auf die Verheizung Wolfsegger Staubkohle eingerichtet. Die Absatzpolitik der *Wolfsegger-Trauntaler Kohlenwerke A. G.* wie auch Fragen des

Kohlenpreises und der Sorten haben eine Umstellung des Werkes zum Teil auf die Verwendung tschechischer Braunkohle mit sich gebracht. In den ersten Monaten 1940 wurden 62 % der angelieferten Braunkohle aus der ČSR bezogen.

Das Werk beschäftigt zur Zeit (ohne Papier- und Zellstofffabrik) 1.459 Menschen (232 Angestellte, 1.227 Arbeiter).

Von der Gesamterzeugung an Lenzinger Zellwolle wurden 1948 rund 30 % an das Ausland geliefert, während rund 6.700 t in die heimischen Spinnereien kamen. Die Ausfuhr erfolgt teils in Form von Kompensationsgeschäften (mit Jugoslawien gegen Buchenholz, mit der ČSR gegen Braunkohle), teils gegen Devisen (Großbritannien und USA).

Die nur der außerordentlichen Rohstoffnot der ersten Nachkriegszeit zu verdankende Forcierung der Lenzinger Zellwolle wird sich nur dann nicht als Fehlverwendung knappen Kapitals erweisen, wenn die normale Aufnahmekapazität des In- und Auslandes nicht überschätzt wurde. Zweifellos sind für die Zukunft mannigfaltige Verwendungsmöglichkeiten für Zellwolle auch im Inland denkbar. Aussichtslos wäre die Lage, wenn die Verwendung von Zellwolle dauernd durch eine Art Beimischungszwang den Konsumenten vorgeschrieben werden müßte.

Gleichzeitig mit der Restitution der Papier- und Zellstofffabrik ist die Errichtung einer Anlage zur Erzeugung von Kunstseide und Zellglas im Rahmen der Zellwollefabrik geplant. Drei Bauprojekte verschiedener Weltfirmen wurden der österreichischen Regierung vorgelegt, doch wurde den Anträgen, die finanziellen Mittel hierfür aus der Marshall-Plan-Hilfe beizustellen, von den zuständigen Stellen in Washington und Paris bisher nicht stattgegeben. Die Erzeugung der Lenzinger Anlage soll zusammen mit der *Glanzstofffabrik in St. Pölten* den österreichischen Bedarf an Kunstseide in Zukunft decken können.

Dem Projekte muß entgegengehalten werden, daß in jüngster Zeit in einer Reihe europäischer Staaten Kunstseidefabriken geplant bzw. schon in Betrieb genommen wurden und amerikanische Angebote zu niedrigeren Preisen auf den europäischen Markt kommen. Schon in absehbarer Zeit muß ein Überangebot an Kunstseide auf dem Weltmarkt erwartet werden und die österreichischen Fabriken wären nur mit modernsten und wirtschaftlichen Erzeugungsmethoden in der Lage, mit dem ausländischen Angebot zu konkurrieren.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 207

Die Einzelhandelsumsätze in den Monaten März und April entwickelten sich, abgesehen von gewissen branchenmäßigen Schwankungen, saisonüblich. Die Zuwachsrate war im April mit 16% allerdings kleiner als im Vormonat (27%). Abgeschwächt waren vor allem die Warenhausumsätze.

Die monatlichen Zuwachsraten der Umsätze in Wiener Warenhäusern im Jahre 1949

	Februar — März in Prozent	März — April
Textilien u. Bekleidung . . .	+ 51	+ 13
Möbel und Hausrat . . .	+ 43	— 4
Sonstiges	+ 36	+ 8
Gesamt	+ 49	+ 11

Am bemerkenswertesten war in der Berichtszeit die starke Belegung der Umsätze in der Bekleidungsbranche (Zunahme um 44% im März und um 26% im April). Dagegen sind die Umsätze bei Hausrat und Lebensmittel nahezu gleichgeblieben; in Bijouterien, Galanterie- und Lederwaren und im Buchhandel sind sie zurückgegangen. Eine bedeutende Belegung erfuhren die Verkäufe der Herrenkonfektion und der Schuhgeschäfte. Die Freigabe aller Arten von Schuhen (ab 1. April) bewirkte sogar höhere Umsätze als zu Weihnachten 1948. Mit Rücksicht auf die relativ hohen Preise und auf die geringe Auswahl in guten Mittelqualitäten dürfte jedoch die Nachfrage bald wieder zurückhaltender werden.

Erstmalig seit Kriegsende nahm die Umsatzentwicklung in den ersten 4 Monaten 1949 wieder einen saisonmäßigen Verlauf. Die fortschreitende Normalisierung der Wirtschaft spiegelt sich aber nicht nur darin, daß die monatlichen Veränderungsziffern den Erwartungen entsprechen, sondern auch in der Zunahme der absoluten Wertumsätze. Auf der Basis Jänner 1948 = 100 ergeben sich für die in der Tabelle angeführten Warengruppen folgende Indexziffern für April 1949: Damenkonfektion 461, Herrenkonfektion 756, Schuhe 239, Hausrat 157.

Entwicklung der Umsätze einiger wichtiger Bedarfsgegenstände in den ersten vier Monaten 1948 und 1949

	Damenkonfektion		Herrenkonfektion		Schuhe		Hausrat	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949	1948	1949
I	100	100	100	100	100	100	100	100
II	103	160	108	127	99	140	88	116
III	137	254	172	185	65	166	112	159
IV	109	339	149	264	58	206	97	155

Entsprechend der allgemeinen Umsatzbelegung im März stiegen die Einkünfte aus der Umsatzsteuer

im April um 13%. Dagegen waren die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* zufolge der geringeren Eingänge aus Tabak- und Weinsteuern um 11% niedriger als im Vormonat. Die Herabsetzung der Zigarettenspreise im April hat die Umsätze von Regiezigaretten zumindest vorläufig wieder beachtlich erhöht (nach Meldungen einzelner Verschleißstellen bis zu 50%). Im Mai kann daher auch mit erhöhten Einnahmen aus der Tabaksteuer gerechnet werden.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 208—212

Die Zahl der *Beschäftigten* in Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel hat nach den Ausweisen der Krankenkassen im April saisonmäßig stark zugenommen. Sie stieg um 32.500 auf 1.424.400 und lag damit zum ersten Mal in diesem Jahr — und zwar um 5.600 — über dem Stand des entsprechenden Monats des Vorjahres. Da jedoch in der Landwirtschaft um 13.700 weniger Beschäftigte gezählt wurden, blieb der Gesamtstand der Krankenversicherten mit 1.884.900 Berufstätigen um 4.700 hinter dem Stand vom April 1948 zurück.

Die anhaltende Abwanderung der Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Industrie verschärft den bereits fühlbaren Mangel an Landarbeitern, insbesondere an fachlich geschulten. Gegenwärtig sind in der Landwirtschaft 27.270 offene Stellen vorgemerkt, d. s. 60% aller offenen Stellen. Außerdem dürfte ein Bedarf an Saisonarbeitern von weiteren 30.000 Arbeitskräften bestehen. Er wird umso schwerer zu decken sein, als gerade den landwirtschaftlich tätigen „DP's“ in den Überseeländern, aber auch in Frankreich und England, bevorzugte Einwanderungsmöglichkeiten geboten werden. Man versucht daher, Saisonarbeiter unter der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zu werben. Vielfach werden hohe Barlöhne geboten, da die Naturalprämien im Gegensatz zu früheren Jahren keine große Anziehungskraft mehr ausüben. In diesem Zusammenhang verdient erwähnt zu werden, daß im vergangenen Jahr versucht wurde — wenn auch zunächst in äußerst bescheidenem Umfang — arbeitslose städtische Berufstätige durch Umschulung dauernd für die Landwirtschaft, insbesondere für den Wein- und Obstbau und die Gemüsegärtnerei, zu gewinnen. Das Landesarbeitsamt Wien hat im Rahmen seiner Umschichtungsaktion im Jahre 1948 82 Personen, darunter 3 Frauen, der Landwirtschaft zugeführt und sie dort in Lehrstellen untergebracht.

Gleichzeitig mit dem zunehmenden Beschäftigtenstand in der gewerblichen Wirtschaft ist die

Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* von 130.178 im März auf 108.012 im April zurückgegangen. Sie liegt damit allerdings noch immer um 62.113 höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dagegen ist die Zahl der *Lehrstellensuchenden* mit 14.013 um 2.283 niedriger als im April 1948. Allerdings ist die Zahl der offenen Lehrstellen verhältnismäßig noch stärker zurückgegangen (von 5.675 im Durchschnitt der Monate Jänner bis April 1948 auf 3.637 in diesem Jahr), so daß die „Andrangsziffer“ (Zahl der Stellensuchenden je offene Lehrstelle) von 2·8 auf 3·8 gestiegen ist. Nach Schluß wird erfahrungsgemäß sowohl die Zahl der Lehrstellensuchenden als auch die der offenen Lehrstellen stark zunehmen.

Die im Vergleich zum Vorjahr noch immer verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit und die Unausgeglichenheit des Arbeitsmarktes — der ungedeckte Arbeitskräftebedarf der Landwirtschaft ist nur ein, wenn auch besonders hervorstechendes Beispiel hierfür — hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung veranlaßt, einen Entwurf für ein *Inlandsarbeiterschutzgesetz* auszuarbeiten. Der Entwurf sieht Schutzmaßnahmen zur Sicherung des Arbeitsplatzes und der sozialen Einrichtungen für inländische Arbeitskräfte vor. Die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften soll zwar nicht grundsätzlich verboten, jedoch an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Die arbeitsrechtliche Stellung der Ausländer würde sich dadurch allerdings kaum

9. Jänner 1948 durch einen Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung eine frühere Verordnung reaktiviert wurde, nach der die Einstellung von Ausländern an die Zustimmung der Arbeitsämter geknüpft ist. Diese Zustimmung war allerdings nicht für jene Ausländer erforderlich, die den Arbeitgebern bereits vor dem 1. Jänner 1948 von den Arbeitsämtern zugewiesen worden waren.

Wie aus dem Jahresbericht des Landesarbeitsamtes Wien ersichtlich ist, wurde die Zustimmung zur Beschäftigung von Ausländern in liberalster Weise erteilt. Von 22.696 Anträgen, die im Laufe des Jahres 1948 beim Landesarbeitsamt Wien eingingen, wurden 19.993 bewilligt und nur 2.703 oder 12% zurückgewiesen. Von den 2.703 abgelehnten Ansuchen wurde nachträglich 181 im Berufswege stattgegeben. Außerdem wurden 4.256 Ausländer von den Arbeitsämtern ohne Antragstellung vermittelt.

Eine Aufgliederung der Ablehnungen der Arbeitsämter zeigt deutlich die arbeitslenkende Funktion des Zustimmungsverfahrens. Verhältnismäßig die meisten Ablehnungsbescheide wurden bei den Angestellten- und Gastgewerbeberufen erteilt, in denen seit längerem eine größere Arbeitslosigkeit besteht. Bei den landwirtschaftlichen Berufen jedoch und bei den Hausgehilfinnen, wo ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften besteht, wurden 99% der Anträge positiv erledigt.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 213—214

Die Leistungen der Bundesbahnen haben sich im Monat März gegenüber den beiden Vormonaten beträchtlich erhöht. Im *Güterverkehr* wurde dank dem rasch steigenden Außenhandels- und Transitverkehr sowie der wachsenden Inlandsproduktion die höchste Nachkriegsziffer mit rund 598.000 Nutzlast-Tonnen-Kilometern erreicht (168% von 1937). Neben den ERP-Transporten aus Triest hatten umfangreiche Holz- und Roheisenexporte, ferner der Transit von Kohle und Nahrungsmitteln sowie der Binnentransport von Holz, Eisenerz und Baustoffen entscheidenden Anteil am erhöhten Transportvolumen. Die äußerst angespannte Waggonlage — es mangelte vor allem an offenen Wagen — konnte dadurch erleichtert werden, daß für die polnisch-italienischen Kohlentransporte italienische Wagen bereitgestellt wurden.

Im *Personenverkehr* stieg die Zahl der verkauften Fahrkarten von 5·48 Mill. Stück im Februar auf 5·65 Mill. Stück im März. Die erhöhte Frequenz entfiel fast ausschließlich auf den Wiener Direktions-

Beschäftigungsgenehmigungen für Ausländer in Wien im Jahre 1948¹⁾

Arbeitsamt	Eingebrachte Anträge	davon abgelehnt Anzahl	in %
Angestellte	2.317	547	24
Bau — Holz	7.771	1.300	17
Bekleidung — Textil	2.194	144	7
Gastgew. — Körperpf.	526	109	21
Graphik — Papier	493	18	4
Hauswirtschaft	1.978	20	1
Hilfs-, Handels- und Transportarbeiter	1.795	270	15
Jugendliche	1.164	135	12
Körperbehinderte	344	6	2
Lebensmittel	445	68	15
Metall — Chemie	2.414	71	3
Liesing ²⁾	389	10	3
Landwirtschaft	866	5	0·6
Insgesamt	22.696	2.703	12

¹⁾ Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Wien. — ²⁾ Das Arbeitsamt Liesing erfaßte alle Berufe, die in seinen örtlichen Wirkungsbereich fallen. Nur die Vermittlung von Landarbeitern ist dem Landwirtschaftlichen Arbeitsamt zugerechnet.

nennenswert verändern, da nach Aufhebung der Arbeitsplatzwechselverordnung, die eine Lenkung sämtlicher Arbeitskräfte gestattete, bereits am

bereich. Der ab 15. Mai gültige Sommerfahrplan hebt die bis dahin bestehenden Verkehrseinschränkungen auf und schaltete einige neue Schnellzugspaare ein. Die Zugsdichte wurde dadurch auf etwa 80% des Friedensstandes gehoben. Im internationalen Durchgangsverkehr gelang es, die Reisedauer etwas zu verkürzen.

Die Tariferhöhungen der Bundesbahnen

Am 19. Mai hat der Nationalrat den seit zwei Monaten in Beratung stehenden Reformtarif (9. Entwurf) in seinen Grundzügen angenommen. Der neue Gütertarif wird am 1. Juni, der neue Personentarif am 8. Juni in Kraft treten.

Die horizontale Staffelnung (Wertstaffel) der Gütertarife¹⁾

Tarifklasse ¹⁾	vor der Tariferhöhung Klasse A = 100	nach der Tariferhöhung	Erhöhung in %
A	100	100	25
B	83	89	35
C	68	81	48
D	57	74	64
E	46	67	78
F	37	61	102
G	30	54	121
H	25	—	—

¹⁾ Die Frachtsätze der einzelnen Güter sind je nach ihrem Wert so gestaffelt, daß hochwertige Güter (Tarifklasse A) mit dem höchsten und billige Massengüter (Tarifklasse H bzw. G) mit den niedrigsten im Gütertarif vorgesehenen Sätzen belastet werden.

Im Güterverkehr wird der Regeltarif um durchschnittlich 76,3% erhöht. Da jedoch eine Reihe neuer Ausnahmetarife eingeräumt wurden, die dem Verfrächter jährlich annähernd 150 Mill. S ersparen werden, dürfte die durchschnittliche Erhöhung der Frachttarife nur etwa 65 bis 70% betragen. Die Struktur der neuen Tarife unterscheidet sich von der bisherigen vor allem dadurch, daß die horizontale Staffelnung (Wertstaffel) der einzelnen Tarifklassen stark vermindert wurde. Während die hochwertigen Güter der Klasse A bisher mit viermal so hohen Frachtkosten pro Einheit belastet waren als die Massengüter der Klasse H, beträgt die Spanne derzeit nur noch das Doppelte. Man mußte sich zu dieser starken Verringerung der Wertstaffel trotz verschiedener gesamtwirtschaftlicher Bedenken entschließen, da die hochwertigen Güter bei einer stärkeren Erhöhung ihrer Tarife auf die Straße abgewandert wären¹⁾. Außerdem entfällt der überwiegende Teil der Frachten auf Massengüter, so daß

¹⁾ Aus dem gleichen Grunde sahen sich auch die Staatsbahnen in Italien und in der Schweiz zu einer Veränderung der horizontalen Staffelnung der Eisenbahngütertarife gezwungen.

ins Gewicht fallende Mehreinnahmen nur bei einer relativ stärkeren Erhöhung der Massengüter-Tarife erzielt werden können.

Gliederung des Transportvolumens im Jahre 1948 nach Tarifklassen

Tarifklassen	Transportierte Güter ¹⁾		Durchschnittl. Beförderungsweg km
	Tonnen	t-km	
A	4'69	5'76	212'7
B	4'40	6'11	240'2
C	7'41	9'13	213'5
D	8'62	6'71	134'7
E	10'11	10'79	184'7
F	56'61	51'20	156'5
G	6'22	6'31	175'6
H	1'94	3'99	356'1
Insg. bzw. Ø	100'00	100'00	173'1

¹⁾ Frachtgüter und Eilgüter.

Die Bedeutung der Massengütertarife für die Einnahmen der Bundesbahnen geht deutlich aus einer Aufgliederung des Transportvolumens im Jahre 1948 nach Tarifklassen hervor. Danach entfielen 75% der im Regeltarif²⁾ beförderten Gütermengen auf die Klasse E—H (relativ billige Güter) und nur 25% auf die Klassen A—D (hochwertige Güter). Im gewogenen Durchschnitt betragen die Tarife der in den Klassen E—H verfrachteten Güter bisher nur 37,1% des Tarifes der Klasse A, während die Massengütertarife nach der neuen Wertstaffel 60,1% der Klasse A erreichen werden (unter der Annahme gleicher Güterzusammensetzung).

Die vertikale Staffelnung der Streckensätze (Entfernungsstaffel) für die Tarifklassen E, F und G

Entfernung in km	E		F		G	
	vor	nach	vor	nach	im Jahre	nach
	der Tariferhöhung		der Tariferhöhung		1937 d. Tariferhö.	
1—100 . . .	100	100	100	100	100	100
101—200 . . .	76	79	74	79	48	69
201—300 . . .	76	79	76	79	45	64
301—400 . . .	43	40	42	45	48	38
über 400 . . .	36	34	36	34	22	40

Die vertikale Staffelnung (nach der Entfernung) der Frachttarife wurde nur in den unteren Klassen E bis G geändert (Klasse H wurde aufgelassen). Während beim alten Tarif die Entfernungsstaffelnung in den niederen Tarifklassen stärker war als in den höheren, sind nunmehr die einzelnen Tarifklassen gleichmäßig gestaffelt³⁾. Dadurch wurden die hori-

²⁾ Von der Gesamtfracht in Höhe von 27,4 Mill. t (ohne Verbandverkehr) wurden 64,8% nach dem Regeltarif und 35,2% nach Ausnahmetarifen aller Art tarifiert.

³⁾ Der Frachtsatz für die zweiten 100 km betrug bisher in der Klasse E 76%, in der Klasse F 74% und in der Klasse G 69% des Frachtsatzes für die ersten 100 km, während er jetzt einheitlich auf 79% festgesetzt ist.

zontalen Tarifsätze weiter nivelliert. Außerdem hat man die Tarifspannen in den mittleren Entfernungen (bei Klasse E bis 300 km, bei Klasse F und G bis 400 km) dadurch etwas abgeschwächt, daß ihre Kilometersätze verhältnismäßig stärker erhöht wurden. Für weitere Strecken wurde dagegen die Staffelung verstärkt. Da jedoch die durchschnittliche Versandweite gegenüber der Vorkriegszeit infolge der Industrialisierung der Bundesländer abgenommen hat (sie beträgt gegenwärtig für Rohstoffe und Halbfabrikate der Klasse E bis G rund 172 km³⁾) ist die stärkere Frachtermäßigung auf lange Strecken von nur geringer Bedeutung.

und Frachtkosten) im Durchschnitt noch um 66·8% niedriger als im Jahre 1937. Nur bei einigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist die Fracht auch relativ teurer als in der Vorkriegszeit.

Der Tarifaufbau im Personenverkehr wird durch den Übergang von der fortlaufenden Kilometerrechnung (deutsches System) zum angestoßenen Staffeltarif (wie er in Österreich vor 1938 üblich war) grundlegend umgestaltet. Außerdem hat man auf die bisherige Differenzierung zwischen Schnell- und Personenzug bei Fahrten über 180 km verzichtet. Die neuen Normaltarife für die dritte Klasse Personenzug betragen je km für Entfernungen von

Frachtsätze und Frachtbelastungen nach der Tarifierhöhung¹⁾

1— 250 km	16 Groschen
251— 400 „	12 „
401— 500 „	8 „
501— 700 „	6 „
701—1000 „	4 „

Waren aus	Frachtsatz 1937=100	Frachtbelastung	
		in % des Großhandels- preises	1937=100
Klasse A:			
Eier	179·6	0·7	31·8
Zucker	97·3	2·4	38·7
Kaffee	130·7	0·6	85·7
Klasse B:			
Butter	116·8	0·6	46·2
Schweinefleisch	218·1	1·2	80·0
Kunstspeisefett	160·5	0·8	42·1
Schweinefett	160·5	0·9	60·0
Klasse C:			
Weizenmehl	240·9	3·4	97·1
Klasse D:			
Stabeisen	231·4	3·2	65·3
Grobbleche	231·4	2·7	69·2
Klasse E:			
Mais	261·9	10·2	130·8
Roggen	261·9	9·1	140·0
Weizen	261·9	8·3	172·9
Schmittholz	329·8	10·0	83·3
Schwellen	329·8	9·9	35·2
Zement	413·4	19·2	112·3
Klasse F:			
Kartoffel	316·8	10·9	112·4
Roheisen	286·2	8·4	120·0
Düngemittel	286·2	6·5	132·7
Dachziegel	525·3	6·7	58·8
Mauerziegel	525·3	17·3	52·6
Ruhrkohle	262·7	15·3	83·6
Klasse G:			
Grubenholz	381·4	29·6	91·9
Brennholz	406·6	14·7	91·9
Bausand	420·5	293·6	133·5
incl. Braunkohle	300·8	26·7	109·9

Die Tarife haben sich damit bei einer Entfernung von 100 km um 40%, bei 200 km um 57%, bei 400 km um 51%, bei 500 km um 35% und bei 800 km um 10% erhöht. Nur über 1.000 km sind sie um 3% niedriger.

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Tarifreform sind schwer vorauszusehen. Grundsätzlich bedeutet jede Nivellierung der Staffelung, sei sie horizontal oder vertikal, eine Benachteiligung der frachtempfindlichen Güter und volkswirtschaftlich gesehen eine Verschlechterung des Standortes der arbeits- und konsumorientierten Industrien, da sie auf die Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten oft über weite Strecken angewiesen sind. Die Zurückstellung gesamtwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu Gunsten betriebswirtschaftlicher Erwägungen (Nivellierung der Wert- und Streckenstaffel) dürfte vorläufig kaum nennenswerte Auswirkungen haben, da die Tarifsätze immer noch relativ niedrig sind. Die Personentarife hingegen dürften zu einer Einschränkung des Reiseverkehrs führen, mit entsprechenden Rückwirkungen auf den innerösterreichischen Fremdenverkehr.

³⁾ Im Jahre 1948 entfielen vom gesamten Transportvolumen (27·4 Mill. t) folgende Anteile auf die einzelnen Zonen:

1— 100 km	50·5%
101— 200 „	19·4%
201— 300 „	11·0%
301— 400 „	8·7%
401—1000 „	10·4%
Insgesamt 100·0%	

¹⁾ Durchschnitt aus Entfernungen für 100 und 300 km.

Trotz der bedeutenden Erhöhung der Gütertarife ist die durchschnittliche Frachtbelastung der einzelnen Güter (Verhältnis zwischen Güterpreis

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 215—216

Im März erreichten sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr einen neuen Höchststand. Die *Einfuhr* stieg, bei weiterer Ausnutzung der Drawing Rights (Ziehungsrechte), um 23·8% auf 363·8 Mill. S, die *Ausfuhr* um 22·2% auf 286·9 Mill. S. Gemäß der schweizerischen Außenhandelsstatistik, die bereits für April vorliegt, ging die Einfuhr aus Österreich vom März auf April von 5·6 Mill. auf 5·4 Mill. Franken zurück, so daß die Vermutung nahe liegt, daß die österreichische Ausfuhr im April, dem Saisonverlauf entsprechend, leicht zurückging¹⁾.

Die Resultate des Außenhandels für das erste Vierteljahr zeigen eine deutliche *Aufwärtsentwicklung*. Der Einfuhrwert war um 17·6% größer als im vierten Quartal 1948 und um 69·6% größer als im ersten Quartal des Vorjahres. Beim Ausfuhrwert betragen die entsprechenden Steigerungen 12·5% und 121·6%.

	Einfuhr in Millionen Schilling	Ausfuhr
I. Quartal 1948 . . .	544·9	336·2
IV. „ 1948 . . .	785·6	662·4
I. „ 1949 . . .	924·0	745·0

Das *dritte Lohn-Preis-Abkommen* wird voraussichtlich auch den Export beeinflussen. Die gegenwärtige Praxis der variablen Agios und der Kompensationsgeschäfte hat den effektiven Wechselkurs zwar bereits so anpassungsfähig gemacht, daß ein Großteil der Exportgeschäfte grundsätzlich auch bei einer merklichen Preiserhöhung abgewickelt werden könnte. Die Frage ist nur, wie weit der Inlandsmarkt noch in der Lage sein wird, die aus Kompensations- und Agiogeschäften importierten Waren zu höheren Preisen aufzunehmen. Andererseits wird vielleicht die schwieriger gewordene Überwälzung der höheren Kosten auf dem Inlandsmarkt manche Firmen veranlassen, künftig dem Export mehr Augenmerk zuzuwenden.

Die beabsichtigte *Valorisierung der Zölle* auf

¹⁾ Die Außenhandelsziffern mit der Schweiz sind allerdings nicht mehr im gleichen Maße wie in den Jahren 1946 und 1947, als die Schweiz infolge der besonderen Nachkriegsverhältnisse der wichtigste Handelspartner Österreichs war, ein Spiegelbild für die Entwicklung des gesamten österreichischen Außenhandels. (Im Jahre 1946 gingen 36·4% und im Jahre 1947 25·2% der österreichischen Ausfuhr in die Schweiz, im Jahre 1948 aber nur 13·3% und im ersten Quartal 1949 nur noch 6·5%.) Andererseits besitzt die österreichische Ausfuhr nach der Schweiz insofern repräsentativen Charakter, als sie eine besonders große Kollektion typischer österreichischer Ausfuhr Güter enthält.

ungefähr das Dreifache des gegenwärtigen Niveaus (3·26 S per Goldkrone statt 1— S) bewegt sich innerhalb bescheidener Grenzen, kann aber — falls nicht wie bisher Ausnahmen in breiterem Maße gewährt werden — gerade bei einigen wichtigeren Waren, wie Nahrungsmitteln, die zum offiziellen Wechselkurs eingeführt werden und noch der Preiskontrolle unterliegen, preislich stärker ins Gewicht fallen. Bei Waren, die im Kompensations- oder Agioverkehr eingeführt werden und deren Preise ohnehin die Möglichkeiten des Inlandsmarktes ganz ausschöpfen, würde eine solche Preissteigerung kaum eintreten können. Die Zollerhöhung würde hier nur die Exporte, deren Rentabilität von dem realisierten Nettoertrag der importierten Güter abhängt, etwas einschränken. Die daraus entstehende Minderproduktion kann natürlich durch eine Mehrproduktion für den Inlandsmarkt in den zollgeschützten Industrien ausgeglichen werden. Nur ist anzunehmen, daß die meisten schutzbedürftigen Industrien bereits heute durch die direkten Maßnahmen der Außenhandelskontrolle hinreichend geschützt sind, so daß eine Zollerhöhung keine besondere stimulierende Wirkung haben wird.

Eine weitaus größere Gefahr für den österreichischen Export sind die *wachsenden Schutzmaßnahmen in anderen Ländern*. Insbesondere der Beschluß der italienischen Regierung, den Zolltarif zu revidieren und einen „temperierten“ Protektionismus einzuführen, der nebst der Landwirtschaft vor allem der mechanischen und der Schwerindustrie zugute kommen soll, kann für die österreichische Ausfuhr unangenehme Folgen haben. Die Attraktion, welche die Kompensationsgeschäfte infolge ihrer größeren Profitmöglichkeiten ausüben, und die Tatsache, daß Italien bei weitem unser wichtigster Kompensationspartner ist, haben dazu geführt, daß Italien in wachsendem Maße unser führender Handelspartner geworden ist. Sein Anteil an unserem Außenhandelsumsatz (Einfuhr plus Ausfuhr) stieg von 10·9% in 1947 auf 13·6% in 1948 und 18·6% im ersten Quartal 1949. Im März 1948 verdrängte Italien die Schweiz von der ersten Stelle unserer Ausfuhrpartner und im März 1949 trat es auch auf der Einfuhrseite an die erste Stelle, indem es die Einfuhrziffern aus Deutschland überflügelte. In unserer Ausfuhr nach Italien spielen die Produkte der Schwer- und Metallindustrie eine wichtige Rolle. Im Jahre 1948 machten sie 39·4% der Gesamtausfuhr nach Italien aus. Die Änderung des Zollregimes in Italien, ebenso wie die beabsichtigte italienisch-französische Zollunion, können daher für den österreichischen Export sehr nachhaltige Wirkungen haben.